

Bewahrt: Der Seniorentreff an der Bromberger Straße

Seite 5.



Foto: Adobe Stock

Beantragt: Schul- sekretariatsstunden auf Sollstunden- bedarf ausweiten

Seite 4.



Besucht: SPD-Fraktion vor Ort im Vorwerkpark und am Toelleturm

Seite 4.



■ Inakzeptabel I: Bäder- schließungen in Wupper- tal, Seite 2.

Warum musste das Stadtbad Uellendahl aus personellen Gründen zwei Wochen schließen?



■ Inakzeptabel II: Demo- kratische Gepflogenhei- ten der Baumschutzsatz- zung geopfert, Seite 3.

Trotz ausstehender Antworten der Verwaltung besteht Schwarz-Grün auf Abstimmung.



■ Nachgefragt: SPD-Frak- tion beantragt Bericht über HELIOS-Klinikum, Seite 5.

Wie wirken sich die Umstrukturierungen aus?

Systembruch im OGS-Ausbau: Schwarz-grünes Kernbündnis bittet Eltern zur Kasse

„Dass der Ausbau im Offenen Ganztag (OGS) dringender weiter vorangetrieben werden muss, daran besteht überhaupt kein Zweifel! Dass dies aber nun durch die Erhöhung von Elternbeiträgen realisiert wird, ist ein regelrechter Systembruch und darf auf keinen Fall Schule machen“, so die Vorsitzende des Ausschusses für Schule und Bildung, Renate Warnecke.

Unsozial und ungerecht

„Dass das sogenannte Kernbündnis (KeBü) von CDU und GRÜNEN den Ausbau von städtischen Einrichtun-

gen zukünftig durch die Erhöhung von Elternbeiträgen finanzieren will, ist ein unsozialer und ungerechter Weg und deshalb auch falsch! Wo soll das denn hinführen? Will Schwarz-Grün demnächst auch den Ausbau im KiTa-Bereich so finanzieren oder den Bau von neuen Schulgebäuden? Das darf nicht sein. Deshalb hat die SPD gegen den Vorschlag von Schwarz-Grün gestimmt und einen eigenen Antragsentwurf eingebracht, der die Finanzierung ohne die Erhöhung der Elternbeiträge vorsieht. Leider hat dieser Vorschlag keine Mehrheit

gefunden“, so der stellv. Fraktionsvorsitzende und Sprecher im Ausschuss für Schule und Bildung, Servet Köksal.

Eltern zahlen schon genug

„Die Eltern zahlen schon jetzt genug an OGS-Beiträgen. Wenn nun das KeBü seinen Vorschlag noch als moderate Erhöhung und somit quasi als Großtat gegenüber den betroffenen Eltern verkaufen will, dann grenzt das schon an Häme“, findet Renate Warnecke, schulpolitische Sprecherin der Fraktion.



Foto: Adobe Stock

Schlechte Nachrichten für die Eltern: Um den Ausbau im Offenen Ganztag finanzieren zu können, erhöht Schwarz-Grün die Elternbeiträge.

Umbau A 46: Mehr Lärmschutz für Mirker Höhe

„Die Bewohnerinnen und Bewohner der Mirker Höhe haben ein berechtigtes Interesse daran, dass sich die Lärmsituation grundlegend verbessert. Wir haben deshalb in der letzten Sitzung des Verkehrsausschusses hinterfragt, welche Schallschutzmaßnahmen im Zuge der Sanierung der Brücke Uellendahler Straße installiert werden sollen“, erklärt Sedat Ugurman, verkehrspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

Glaswände ungeeignet

„Die Glaswände am südlichen Brückenrand der beste-

henden Autobahnbrücke Uellendahler Straße haben in der Vergangenheit jedenfalls nicht für die gewünschte Reduzierung der Schallemissionen gesorgt. Die Installation hat vielmehr die Schallemissionen auf die gegenüberliegende Wohnbebauung Mirker Höhe reflektiert“ bemängelt Sedat Ugurman weiter.

Effektivere Maßnahmen erforderlich

Volker Dittgen, Vorsitzender des Verkehrsausschusses, stellt abschließend fest: „Der durch die Autobahnen verursachte Lärm ist ein entschei-

dender Faktor für die Wohnqualität in autobahnnahe Wohngebieten. Der Einsatz der bestehenden Glaswände war für die Anwohnerinnen und

Anwohner der Mirker Höhe als Lärmschutzmaßnahme eher kontraproduktiv. Aus diesem Grund sollten zukünftige Lärmschutzmaß-



Die Anwohnerinnen und Anwohner der Mirker Höhe benötigen einen effektiveren Lärmschutz.

nahmen effektiver sein und damit die Wohnqualität der betroffenen Wohnbebauungen Wuppertals nachhaltig verbessern.“

Inakzeptabel: Bäderschließungen in Wuppertal



Für das Stadtbad Uellendahl wurde der öffentliche Schwimm- und Badebetrieb vom 17. Mai bis zum 2. Juni 2019 ausgesetzt.

„Die mehrfachen und nur kurzfristig angekündigten Schließungen der beiden Gartenhallenbäder und des Stadtbades Uellendahl sind nicht akzeptabel. Für das Bad am Röttgen wurde jetzt sogar eine zweiwöchige Schließungszeit von der Verwaltung aus personellen Gründen ausgesprochen“, erklärt Guido Grüning, stellvertretender Sportaus-

schussvorsitzender.

Jannis Stergiopoulos, Mitglied im Ausschuss für Ordnung, Sicherheit und Sauberkeit und im Sportausschuss, ergänzt: „Im Bereich des Einwohnermeldeamtes mussten wir in den letzten Jahren schon mehrfach mit dem zuständigen Beigeordneten die Defizite in der Personalplanung diskutieren. Ich erwarte, dass sich

dieses jetzt nicht auch noch im Bereich der Bäder wiederholt. Solche Fehlplanungen gehen zu Lasten der Serviceleistungen und der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“

Hat Aussage noch Bestand?

Guido Grüning weiter: „Wir versuchen, die Situation der Bäder mit einem Antrag zur nächsten Sportausschusssitzung näher zu beleuchten. Mit den Maßnahmen im Sport- und Bäderbereich des Haushaltssicherungskonzeptes 2010 - 2014 und dessen Fortschreibung in Form des Haushaltssanierungsplanes (2012 - 2021) hat die Verwaltung dargestellt, dass das Sport- und Bäderamt über eine ausreichende Personal- und Finanzausstattung zum Betrieb der städtischen Bäder verfügen

würde. Wir möchten nun von der Fachverwaltung wissen, inwieweit diese Aussage noch Bestand hat!“

Zum Hintergrund:

Mit der Saisonöffnung des Freibades Mählersbeek, der Verschiebung der notwendigen Sanierung des Gartenhallenbades Cronenberg und durch personelle Engpässe im Sport- und Bäderamt (209.21 Betrieb Hallen- und Freibäder) mussten in den letzten Wochen die Gartenhallenbäder Langerfeld und Cronenberg sowie das Stadtbad Uellendahl (Röttgen) kurz- und längerfristig für den öffentlichen Schwimm- und Badebetrieb geschlossen werden.

ZWAR-Zentralstelle erhalten

„Die ZWAR-Zentralstelle für NRW in Dortmund muss erhalten bleiben! Dafür setzen wir uns mit unserer Resolution ‚Erhalt der Landesförderung der ZWAR-Zentralstelle NRW‘ ein. Hintergrund ist, dass die schwarzgelbe Landesregierung angekündigt hat, die Förderung der Stelle aus Landesmitteln ab 2020 ein-

zustellen“, berichtet Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Zwischen Arbeit und Ruhestand: Erfolgreiches Konzept
Detlef-Roderich Roß, SPD-Mitglied im Seniorenbeirat, ergänzt: „ZWAR, das steht für ‚Zwischen Arbeit und Ruhestand‘. Die selbstorga-

nisierten, selbstbestimmten ZWAR-Gruppen für Menschen ab 55 Jahren bilden ein dichtes Netzwerk in NRW und haben sich zu einem wichtigen Instrument der altengerechten, kommunalen Quartiersentwicklung entwickelt. Bereits seit 20 Jahren setzen die Stadt Wuppertal und die Wuppertaler AWO mit Unterstützung der ZWAR-Zentralstelle in Dortmund das Konzept der ZWAR-Gruppen in Wuppertal sehr erfolgreich um. Allein hier gibt es zwölf ZWAR-Netzwerke mit etwa 350 Teilnehmerinnen und Teilnehmern, weitere Neugründungen sind geplant.“

durch die ZWAR-Zentralstelle gesicherte Qualifizierung der aktiven Seniorinnen und Senioren im Netzwerk zur Unterstützung der Selbstorganisation sowie die überregionale Vernetzung der ZWAR-Netzwerke sind unerlässliche Rahmenbedingungen für das gute Gelingen und den überaus großen Erfolg des ZWAR-Konzepts. Die Kommunen können die Aufgaben der ZWAR-Zentralstelle weder ressourcenmäßig noch inhaltlich übernehmen. Die Förderung der ZWAR-Landesstelle durch das Land NRW muss daher aufrechterhalten werden. Die SPD-Fraktion hat gemeinsam mit der Fraktion DIE LINKE und der Ratsgruppe DCW eine entsprechende Resolution eingebracht, die einstimmig vom Rat angenommen wurde“, erklärt Thomas Kring abschließend.

Kommunen können Aufgaben nicht übernehmen

„Insbesondere auch die



Die ZWAR-Zentralstelle in Dortmund soll nach dem Willen der Landesregierung nicht weiter finanziert werden.

Demokratische Gepflogenheiten der Baumschutzsatzung geopfert

„Es ist guter Brauch, Sach- und Fachfragen in den jeweiligen Fachausschüssen zu diskutieren und bei Beratungsbedarf oder Nachfragen von Seiten anderer Fraktionen für eine Vertagung zu stimmen. Diese gute alte demokratische Sitte hat das sogenannte Kernbündnis (Kebü) aus CDU und GRÜNEN für das Thema ‚Einführung einer Baumschutzsatzung‘ in der letzten Ratssitzung kurzerhand über Bord geworfen“, stellt Klaus Jürgen Reese, SPD-Fraktionsvorsitzender, fest.

„Obwohl die Antworten zur

Anfrage der FDP ‚Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung in Wuppertal‘ noch ausstehen, beharrte das Kebü auf die Abstimmung über ihren gemeinsamen Antrag. Ich bezweifle daher, dass die Grünen an einer inhaltlichen Diskussion interessiert sind. Hier soll ein vermeintlich grünes Kernthema mit den Stimmen von Schwarz-Grün durchgeboxt werden. Bleibt zu hoffen, dass doch noch Vernunft bei den Bündnispartnern Einzug hält und eine Fachdiskussion, der wir mit Interesse entgegensehen, möglich wird“, erklärt

Frank Lindgren, umweltpolitischer Sprecher der SPD-

Ratsfraktion, abschließend.



Auf Antrag von CDU und Grünen soll die Verwaltung eine ‚bürgerfreundliche‘ Baumschutzsatzung entwerfen.

Beantragt: Schulsekretariatsstunden auf Sollstundenbedarf ausweiten

„Nachdem wir in der vorletzten Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung nachgefragt haben, welche finanziellen und organisatorischen Maßnahmen ergriffen werden müssten, um die Situation an den städtischen Schulsekretariaten zu verbessern, hat die Fachverwaltung uns in einem umfangreichen Bericht erläutert, dass aktuell ein Mehrbedarf von 6,78 Vollzeitkräften (VK) besteht. Diesen dringend benötigten Ausbau des Stundenkontingentes fordern wir nun ein“, erläutert Servet Köksal, stellvertretender Fraktionsvorsitzender, den gemeinsamen Antrag der SPD-Fraktion und der

Ratsgruppe DCW im Ausschuss für Schule und Bildung.

Rote Laterne

„Im interkommunalen Vergleich hält Wuppertal die rote Laterne hoch, wenn es um die tatsächlich vorgehaltenen Schulsekretariatsstunden geht. Insbesondere im Primarbereich ist die Situation an einigen Schulen extrem angespannt. Wenn zukünftig mehr Schulen ans Netz gehen und mehr Schülerinnen und Schüler im System sein werden, wird die Lage immer schwieriger und belastender für alle Beteiligten“, so Renate Warnecke, Vorsitzende des Ausschusses



Viele Schulsekretariate - insbesondere im Primarbereich - sind überlastet.

für Schule und Bildung.

Entscheidung vertagt

„Da einige Fraktionen noch weitere Informationen benötigten, wurde unser Antrag auf die nächste Sitzung des Ausschusses für Schule und Bildung vertagt.“

Wir hoffen, dass die anderen Fraktionen nun auch den Mut haben Verantwortung zu übernehmen und sich unserem Antrag anschließen werden“, so Servet Köksal abschließend.



Fraktion vor Ort im Vorwerkpark und auf dem Toelleturm

Bei einem Vor-Ort-Termin am Toelleturm und im Vorwerkpark erfuhren die Vertreterinnen und Vertreter der SPD-Ratsfraktion Interessantes und Wissensweises über den Barmer Verschönerungsverein, die Barmer Anlagen mit dem Toelleturm und den angrenzenden Vorwerkpark.



Erfolg: Seniorentreff Bromberger Straße bleibt schwarz-grüne Abrissbirne vorerst erspart



Bleibt zunächst einmal erhalten: Der Seniorentreff an der Bromberger Straße.

„Gut, dass die Kuh erstmal vom Eis ist und der Seniorentreff am Standort Bromberger Straße vorerst erhalten bleibt. So viele Menschen haben mit uns für den Erhalt der Begegnungsstätte gekämpft, allen voran die Seniorinnen und Senioren und die zahlreichen anderen

Gruppen, die diesen Ort als Treffpunkt nutzen. Deshalb begrüßen wir es umso mehr, dass die Abrisspläne erstmal vom Tisch sind und das sogenannte Kernbündnis (Kebü) von CDU und GRÜNEN die Abrissbirne wieder vom Haken genommen hat“, erklärt Ulrike Fischer, stellv.

Ausschussvorsitzende im Betriebsausschuss APH/KiJu.

Großer Protest

„Noch in der letzten Sitzung waren CDU und GRÜNE bereit, den Standort Bromberger Straße ersatzlos abreißen zu lassen. Das hat verständlicherweise zu großen Protesten der Nutzerinnen und Nutzer geführt, und es wurden innerhalb kürzester Zeit 400 Unterschriften gegen diese Abrisspläne gesammelt. Dass der zuständige Ausschuss nun einstimmig entschieden hat, den Seniorentreff Bromberger Straße zu erhalten und dringend notwendige Renovierungsarbeiten vornehmen zu

lassen, ist ein sehr gutes Ergebnis für die vielen tausend Besucherinnen und Besucher“, so der stellvertretende Fraktionsvorsitzende Servet Köksal, Mitglied im Betriebsausschuss APH/KiJu.

Kostenprüfung

„Die Mitglieder des Ausschusses haben das Gebäudemanagement nun beauftragt, die Kosten für eine Sanierung und einen Neubau an der gleichen Stelle zu prüfen. Damit hat der Seniorentreff Bromberger Straße eine langfristige Perspektive“, freut sich Lukas Twardowski, Stadtverordneter für den Bezirk Loh und Mitglied der BV Barmen.

SPD-Fraktion beantragt Bericht über HELIOS Klinikum

„Auf unseren Antrag im Sozialausschuss hin, der einstimmig beschlossen wurde, wird für die kommende Ausschusssitzung ein Vertreter des HELIOS-Klinikums eingeladen werden, um über die aktuelle Situation an dem Universitätsklinikum zu berichten“, erklärt Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion.

Wiederholte Meldungen über Umstrukturierungen verunsichern

„Immer wieder gibt es Meldungen über Umstrukturierungen auf personeller Ebene an diesem Krankenhaus. Es ist der Eindruck entstanden, dass diese über die Medien nach außen getragene ‚Unruhe‘ im Wuppertaler

HELIOS-Krankenhaus, dem Ruf des Klinikums, auch als Arbeitgeber, schadet und zur Verunsicherung bei den Menschen führt. Diesem ‚Unruhezustand‘ möchten wir durch den beantragten Bericht entgegenwirken. Wir hoffen, dass sich durch diese Aufklärung die Situation endlich entspannt und die medizinischen und pflegerischen Leistungen des Krankenhauses wieder in den Vordergrund rücken.“

Umstrukturierungen müssen transparent und nachvollziehbar sein

Thomas Kring führt weiter aus: „Die Verwaltung soll in Rücksprache mit Stadtdirektor Johannes Slawig - dieser ist der Vertreter der Verwal-



Das HELIOS-Universitätsklinikum in Barmen gerät immer wieder in die Schlagzeilen.

tung im Aufsichtsrat der HELIOS-Klinikum Wuppertal GmbH - über die Auswirkungen der Umstrukturierungen bei dem Maximalversorger berichten. Auch wenn die Stadt nur Minderheitsanteilsigner des HELIOS Krankenhauses ist, so hat sie doch großes Interesse an Transparenz und Nachvoll-

ziehbarkeit der Umstrukturierungen. Das HELIOS-Klinikum Wuppertal ist das größte Krankenhaus im Bergischen Land und beschäftigt rund 2.500 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die jeden Tag wertvolle Arbeit für die Gesundheit der Menschen in unserer Stadt leisten.“

Nachgerückt – Arif Izgi neuer Stadtverordneter



Arif Izgi ist als Stadtverordneter der SPD-Ratsfraktion für die ausgeschiedene Maren Butz nachgerückt.

„Arif Izgi ist neuer Stadtverordneter der SPD-Ratsfraktion, da Maren Butz aus persönlichen Gründen ihr Mandat niedergelegt hat“, erklärt der Fraktionsvorsitzende, Klaus Jürgen Reese.

Langjährige kommunalpolitische Erfahrung

Arif Izgi, langjähriger Wuppertaler, wurde 1958 in Balikesir (Türkei) geboren. Er vertritt die SPD-Fraktion in dieser Ratsperiode bislang als sachkundiger Bürger im

Ausschuss für Verkehr. Der kommunalpolitisch erfahrene Sozialdemokrat war bereits von 1999 bis 2014 als Stadtverordneter im Rat der Stadt Wuppertal aktiv. Insbesondere engagierte er sich in dieser Zeit für die Fachbereiche Migration und Verkehr. Er war Vorsitzender des Ausländerbeirates.

„Wir wünschen ihm bei der Ausführung seines Ehrenamtes viel Erfolg“, so Klaus Jürgen Reese abschließend.

SPD-Fraktion im Dialog mit Wuppertaler Selbsthilfegruppen

„Reden hilft!“, das ist die Devise unserer Treffen mit Vertreterinnen und Vertretern Wuppertaler Selbsthilfegruppen und Mitarbeitenden der Stadtverwaltung“, erklärt Thomas Kring, sozialpolitischer Sprecher der SPD-Ratsfraktion, anlässlich der jährlich auf Einladung der SPD-Ratsfraktion stattfindenden Dialogveranstaltung. „Es ist uns wichtig, mit den Selbsthilfegruppen im Gespräch zu bleiben. Fragen und Probleme der täglichen Arbeit, aber auch zu gesellschaftlichen Themen, wie z.B. die Inklusion, wurden bei dem Treffen erörtert. Außerdem wurden Ideen ausgetauscht, wie Selbsthilfegruppen Nachwuchs finden können, insbesondere für ehrenamtliche Tätigkeiten.“

Großes Lob für ehrenamtliches Engagement und hauptamtliche Unterstützung

Die Stadtverordnete Ulrike Fischer, Mitglied im Sozialausschuss, ergänzt: „Wir möchten unserer Wertschätzung für das ehrenamtliche Engagement der Selbsthilfegruppen Ausdruck verleihen. Auch die wichtige Arbeit der städtischen Selbsthilfekontaktstelle loben wir ausdrücklich. Hier laufen die Fäden von etwa 200 Wuppertaler Selbsthilfegruppen zu gesundheitlichen und sozialen Themen zusammen. Wuppertal spannt damit ein großes Netz für Ratsuchende. Viele in unserer Stadt, die nach einer schweren Krankheit oder durch schlimme Schicksalsschläge Hilfe und Menschen mit ähnlichen Herausforderungen suchen, finden bei den Selbsthilfegruppen engagierte und kompetente Ansprechpartner. Die

Selbsthilfekontaktstelle vermittelt dabei zwischen allen Akteuren, liefert Informationen, berät und begleitet dabei Interessierte, Aktive und Profis.“

Wichtiger Austausch

„Wir freuen uns, dass unser niederschwelliges Gesprächsangebot seit Jahren so viel Zuspruch erfährt. Mit dem Dialog, bei dem wir alle

aus dem Themenbereich Selbsthilfe zusammenbringen, können wir Fragen beantworten, Probleme klären, Sorgen nehmen und möglichem Unmut und Ärger vorbeugen und bleiben zugleich in einem ständigen Austausch mit den Selbsthilfegruppen“, fasst Thomas Kring abschließend zusammen.



Die SPD-Ratsfraktion hatte Mitglieder von Wuppertaler Selbsthilfegruppen und Mitglieder der Sozialverwaltung zum Dialog eingeladen.

Stadtteilrundgang durch Cronenberg lockte zahlreiche Interessierte



Rolf Tesche, Vorsitzender des Cronenberger Heimat- und Bürgervereins, präsentierte den interessierten Bürgerinnen und Bürgern sowie Andreas Mucke, Oberbürgermeister, die

Planungen zur Umgestaltung des Kirchplatzes. Darüber hinaus wurden die Themen Konzeption, Anschluss Sambatrasse an den Ortskern, Entwicklungen im Kreuzungsbereich Amboß-

straße/Hauptstraße, verkehrliche Entwicklungen im Ortskern und die Entwicklung des Einzelhandels angesprochen. Zum Abschluss des Rundgangs präsentierte sich der Verein

Kulturschmiede e. V., der sich um gute nachbarschaftliche Vernetzung, Gesprächskreise und einen regen kulturellen Austausch „em Dorp“ bemüht.

Kommentar des Fraktionsvorsitzenden, Klaus Jürge Reese

Liebe Leserinnen, lieber Leser,

auch wir Wuppertalerinnen und Wuppertaler leben in einem ständigen Wandel. Diese Erkenntnis und deren lebensbestimmende Folgen können kritisiert werden, abänderlich sind sie jedoch nicht.

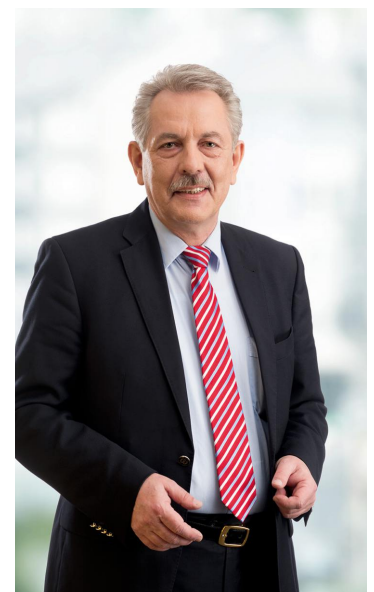
Für die Kommunalpolitik, als ein Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Wuppertal und darüber hinaus, muss daraus resultieren, dass wir uns den Aufgaben aus diesen Veränderungen stellen, ver-

suchen die richtigen Antworten auf die Aufgaben zu finden und die Umsetzung dieser Antworten in einem möglichst breiten Konsens zu realisieren. So der etwas abstrakte und theoretische Teil meiner Ausführungen.

Die Idee der Seilbahn vom Hauptbahnhof über die Universität hinauf zum Küllenhahn war eine Antwort auf eine adäquate Verkehrsanbindung der Universität. In die Umsetzungsphase, ja nicht einmal in den Planfeststellungsbeschluss, wird diese Antwort nicht kom-

men, da sie bekanntermaßen nicht mehrheitsfähig war. Ob man dieses bedauert oder nicht, ändert aber gar nichts an der Problematik, dass die Universität besser an den Hauptbahnhof angebunden werden muss.

Für diese weiter bestehende Problematik werden nun Antworten gefunden werden müssen, die realisierbar und mehrheitsfähig sind. Von daher freuen wir uns auch zu diesem Thema auf den Meinungsaustausch mit Ihnen.



Herzlichst,
Ihr Klaus Jürge Reese